

Arbeitslosigkeit bleibt Hauptsorge

Bern. – Die Angst, arbeitslos zu werden, ist gemäss dem Sorgenbarometer der Credit Suisse mit Abstand die grösste Sorge der Schweizer. Die Grossbank liess für ihre Sorgenbarometer-Umfrage 2009 im Spätsommer über 1000 Stimmberechtigte in allen Landesteilen befragen. Dabei zeigten sich 66 Prozent der Befragten besorgt über die Arbeitslosigkeit, das sind 13 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr, wie die CS gestern mitteilte. Mit je 36 Prozent werden das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge ebenfalls zu den drei wichtigsten Problemen der Schweiz gezählt.

Gegenüber 2008 stark gesunken ist die Angst vor Inflation (14 Prozent), und auch beim Thema Bankgeheimnis/Steuerstreit zeigten sich nur acht Prozent der Befragten besorgt. (sda)



Warnung vor dem «Spiel mit dem Feuer»

Die 270 börsenkotierten Aktiengesellschaften sind für die Schweizer Volkswirtschaft von grosser Bedeutung. Umso gefährlicher ist deshalb aus Sicht der Wirtschaft die so genannte Abzocker-Initiative.

Von Hans Bärtsch

Zürich. – Der Wirtschaft sitzt die Angst vor dem Stimmbürger ganz offensichtlich im Nacken. Erst vor knapp einem Monat hatte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse die Medien über die drohende starke Überregulierung des Schweizer Aktienrechts orientiert. Gemeint war die Abzocker-Initiative des Schaffhauser Unternehmers Thomas Minder, mit welcher überhöhten Managerlöhnen ein Riegel geschoben werden soll. Gestern nun doppelte Economiesuisse nach, indem der Verband das Resultat einer Studie präsentierte, welche die Relevanz börsenkotierter Aktiengesellschaften untermauerte. Diese wären von der Minder-Initiative besonders betroffen.

Ein Drittel aller Exporte

So wird hierzulande jeder sechste Franken von den 270 Unternehmen erwirtschaftet, deren Aktien an der Börse gehandelt werden. Zählt man die Zulieferwirtschaft dazu, ist es sogar jeder vierte Franken. Die börsenkotierten Aktiengesellschaften bezahlen über 40 Prozent aller Unter-

nehmenssteuern und beschäftigen direkt und indirekt rund 600 000 Arbeitskräfte. Sie sorgen für knapp einen Drittel aller Schweizer Exporte und tragen mit gegen sieben Milliarden Franken über die Hälfte aller Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.

«Wenn man bei den kleinen und mittleren Unternehmen vom Rückgrat der Schweizer Wirtschaft spricht, dann sind die börsenkotierten Firmen die Zugpferde», kommentierte Peter Moser von der HTW Chur die Zahlen. Die Studienresultate zeigten deutlich die grosse Bedeutung börsenkotierter Schweizer Unternehmen in Bezug auf Wertschöpfung, Beschäftigung, Innovation und Steuereinnahmen, so der Mitverfasser der Erhebung.

Arbeitsplatzverlust droht

Mit dem Aufzeigen der Relevanz börsenkotierter Aktiengesellschaften nimmt Economiesuisse die Abzocker-Initiative direkt ins Visier. Denn: «Unser Aktienrecht ist besonders attraktiv, weil es sehr flexibel ist und eine hohe unternehmerische Organisationsfreiheit ermöglicht», sagte Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta. Und damit sei es ein Trumpf im internationalen Standortwettbewerb. Die Initiative «gegen die Abzockerei» wolle dagegen alle börsenkotierten Aktiengesellschaften mit starren Vorschriften in ein Korsett zwingen, wodurch Abwanderung, Vernichtung von Arbeitsplätzen und Abfluss von Steuereinnahmen drohten.

«Das ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer», so Gentinetta. Er bezeichnete die Initiative «mit ihren grundlegenden Konstruktionsfehlern» als «untauglich, absurd und gefährlich». Bei ihrer Annahme würde das Schweizer Aktienrecht «zu einem äusserst restriktiven internationalen Sonderfall verkommen». Die laufende Aktienrechtsrevision sowie die Massnahmen der Finanzmarktaufsicht böten dagegen Grundlagen für taugliche Lösungen auch für die Mitsprache der Aktionäre bei den Entschädigungssystemen.

Trend zu «say on pay»

David Frick, Geschäftsleitungsmitglied von Nestlé, hielt fest, dass Rechtssicherheit und ein flexibles Unternehmensrecht die entscheidenden Standortvorteile der Schweiz seien. Bezüglich der Entschädigungsfrage folge der Westschweizer Nahrungsmittelkonzern dem internationalen Trend zum «say on pay» – also zu Konsultativabstimmungen der Aktionäre über den Vergütungsbericht. Damit würden die Firmenteilhaber stärker eingebunden, aber die Kompetenzen bleiben erhalten. Die Abzocker-Initiative verwische dagegen die Verantwortlichkeiten und Kompetenzen in der Führung und führe zu Rechtsunsicherheit. «Das wäre», so Frick, «ein gefährlicher Weg.»

Drohungen von Schweizer Konzernen, ins Ausland zu ziehen, gebe es derzeit aber keine, beschwichtigte Gentinetta. **INTERVIEW 5. SPALTE**

AUS ERSTER HAND

«Die Schweiz muss attraktiv bleiben»



Mit Peter Moser* sprach Hans Bärtsch

Herr Moser, dass die volkswirtschaftliche Bedeutung börsenkotierter Aktiengesellschaften gross ist, davon konnte man auch ohne Studie ausgehen. Hat Sie selber das eine oder andere Resultat Ihrer Erhebung überrascht?

Peter Moser: Am meisten überrascht hat mich die starke internationale Orientierung dieser Unternehmen – dass ein Drittel der Schweizer Exporte von lediglich 270 Firmen ausgehen. Eindrücklich ist auch die grosse Relevanz im Bereich Forschung und Entwicklung.

Was ist Ihre wichtigste Schlussfolgerung aus dieser Erhebung?

Dass wir uns sehr wohl überlegen müssen, was in Zusammenhang mit der Revision des Aktienrechts angebracht ist und was nicht. Die 270 börsenkotierten Unternehmen sind keine vernachlässigbare Grösse, auch wenn sie gegenüber den mehr als 180 000 Aktiengesellschaften in der Schweiz anzahlmässig stark in der Minderzahl sind. Die Zahlen, die nun vorliegen, zeigen, dass sie bezüglich Wohlstand einen wichtigen Pfeiler in unserem Land darstellen. Wir brauchen Regeln, die es erlauben, im Standortwettbewerb um Konzernsitze solcher Unternehmen attraktiv zu bleiben.

Was wäre denn ein mögliches Worst-Case-Szenario, käme es zu einem Ja zur Abzocker-Initiative? Wäre dann mit einer Abwanderung von Grossunternehmen zu rechnen?

Das ist nicht einfach zu beantworten, zumal dies auch nicht Gegenstand der Studie war. Meiner Ansicht nach wird bei Unternehmen wie Nestlé nicht direkt ein Wegzug diskutiert. Aber es kommt immer wieder zu Übernahmen oder auch Neugründungen – und damit verbunden zur Frage, wo der Hauptsitz angesiedelt werden soll. Dann haben sich in jüngerer Zeit mehrere international tätige Unternehmen in der Schweiz niedergelassen. Angesichts neuer – und schlechterer – Voraussetzungen beim Aktienrecht besteht die Gefahr, dass unser Land seine jetzigen Trümpfe relativ leichtfertig verspielt und plötzlich nicht mehr attraktiv ist für Firmenhauptsitze. Ich rechne nicht mit spektakulären Wegzügen, aber mit einer schleichenden Entwicklung, wenn die Bedingungen nicht mehr stimmen.

* Peter Moser ist Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik an der HTW Chur und Mitverfasser der Studie zur Bedeutung von börsenkotierten Aktiengesellschaften.

Österreich verstaatlicht Kärntner Krisenbank

Was kostet eine systemrelevante Bank? Einen Euro. Das ist der symbolische Preis, den die BayernLB für ihre österreichische Tochter Hypo Group Alpe Adria erhält. Die Kärntner Krisenbank wird jetzt verstaatlicht.

Von Rudolf Gruber

Wien. – Monatelang haben die Beteiligten eine Lösung vor sich hergeschoben, niemand wollte für das drohende Desaster geradestehen. Am Ende war die Zeit knapp: Professionelle Beobachter sahen für gestern schon einen Kundenansturm auf die Schalter der Hypo Alpe Adria. Doch nichts dergleichen geschah, denn die Kärntner Krisenbank ist gerettet.

Allein das Horrorszenario, dass kurz vor Weihnachten die Sparguthaben gesperrt würden, zwang die Politik zum Handeln. Buchstäblich in letzter Minute, nach einem 13-stündigen Verhandlungsmarathon, war gestern Morgen die Pleite der Hypo Alpe Adria abgewendet. Österreichs sechstgrösste Bank, die mehrheitlich der Bayerischen Landesbank (BayernLB) gehört, werde «im Interesse Österreichs zu 100 Prozent verstaatlicht», verkündete Finanzminister Josef Pröll. Die Hypo Alpe Adria ist nach der Kommunalkredit die zweite Bank in Österreich, die der Staat vor dem Kollaps retten musste.

Eigentümer zur Kasse gebeten

Niemand wollte am Ende die Hypo Alpe Adria mehr haben. Der Staat war ihre letzte Rettung. Dafür bat Pröll die bisherigen Eigentümer zur Kasse: Zum Sanierungsbedarf in Höhe von 1,5 Milliarden Euro muss die BayernLB mit 825 Millionen mehr als die Hälfte beisteuern, das Bundesland Kärnten 200 Millionen und die Grazer Wechselseitige Versicherung

30 Millionen Euro. Die Republik Österreich schießt 450 Millionen Euro zu. Ausserdem wird die Hypo mit 3,5 Milliarden Euro an Liquidität ausgestattet; mit drei Milliarden fällt der Löwenanteil wiederum der BayernLB zu. Die fünf führenden Banken Österreichs beteiligen sich mit einer weiteren halben Milliarde Euro.

Ein bayerisches Desaster

Die BayernLB, die 2007 die Hypo Alpe Adria übernommen hatte, bekam für ihren 67-Prozent-Anteil einen symbolischen Euro – ebenso die beiden anderen Miteigentümer. Ingesamt müssen sich die Bayern für ihr desaströses Österreich-Engagement 3,73 Milliarden Euro ans Bein streichen. Dennoch zeigte sich Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon

gestern erleichtert: «Ich bin der Republik Österreich zu Dank verpflichtet.» Denn eine Pleite der Krisenbank wäre die Steuerzahler in Bayern und Österreich wesentlich teurer gekommen.

Allein das Bundesland Kärnten hat im Laufe der Jahre eine Haftungssumme von 19 Milliarden Euro angehäuft, die im Fall einer Hypo-Pleite fällig geworden wäre und Kärnten mit in den Bankrott gerissen hätte. Zudem war Österreichs Ruf auf den Finanzmärkten gefährdet. Nicht zuletzt musste Österreich seinen Ruf als Finanzinvestor in Osteuropa verteidigen, wo die Hypo Klagenfurt in mehreren Ländern zu den führenden Bankinstituten zählt. Deshalb warnte auch die Europäische Zentralbank vor einer Pleite: Die Hypo Alpe Adria

sei eine systemrelevante Bank, ein Dominoeffekt weit über Österreich hinaus müsse verhindert werden.

Zu lange zugeschaut

In Österreich fragt man sich, warum Regierung und Nationalbank nicht längst gehandelt haben. Die katastrophalen Managementfehler und die zu lasche Finanzaufsicht waren offensichtlich. Doch noch im November wurde die Hypo Alpe Adria wohlwollend als «grundsätzlich gesund» eingestuft. Jetzt ermittelt der Staatsanwalt nicht nur in Bayern, sondern auch in Österreich. Finanzmarktaufsicht-Vorstand Helmut Ettl übertrachte gestern zudem mit der Mitteilung, namentlich die Balkengeschäfte der Hypo seien noch viel riskanter als bisher angenommen.



Aus Notlage gerettet: Österreichs Finanzminister Josef Pröll informiert über den Bankendeal.

Bild Herbert Neubauer/Keystone

Ölpreis ist wieder im Sinkflug

Hamburg. – Der Ölpreis ist seit Oktober um rund 16 Prozent gefallen. Gestern kostete ein Barrel (159 Liter) im Computerhandel der New Yorker Rohstoffbörse 69.23 Dollar. Im Oktober waren es noch 82 Dollar gewesen. Damit ist der Ölpreis den neunten Tag hintereinander gefallen. Ölhändler beobachten seit einiger Zeit, dass insbesondere der Ölverbrauch in den Vereinigten Staaten trotz leichter wirtschaftlicher Erholung nicht anzieht. Die USA sind der grösste Energieverbraucher der Welt. (ap)